

Menschenrechte Philippinen

Ein Tagungsbericht der Menschenrechtskonferenz vom Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen in Kooperation mit der Konrad Adenauer Stiftung am 29. und 30. Juni in Berlin.

Miriam Styrnol, Lilli Breiningen
und Hannah Wolf

Unter der ehemaligen philippinischen Präsidentin Gloria Macapagal-Arroyo herrschte ein Klima der Straflosigkeit. Während ihrer Amtszeit von 2001-2010 berichteten Menschenrechtsorganisationen von etlichen Menschenrechtsverletzungen, darunter über 1200 politisch motivierte Morden.

Der seit dem 30. Juni 2010 amtierende Präsident Benigno »Noynoy« Aquino kündigte an, den Kreislauf der Gewalt und Korruption zu brechen. Ein Jahr nach seinem Amtsantritt zogen die Referent_innen der Fachtagung »Menschenrechte in den Philippinen. Entwicklungen und Trends unter der Aquino Regierung« am 29. und 30. Juni 2011 in Berlin eine erste Bilanz.

Hat sich die Menschenrechtslage auf den Philippinen verbessert? Welche Reformen wurden angestoßen? Welchen Beitrag leistet die internationale Gemeinschaft? Mit diesen und ähnlichen Fragen im Hinterkopf lud das *Aktionsbündnis Menschenrechte – Philippinen* in Kooperation mit der *Konrad Adenauer Stiftung* Referenten aus Politik, Kirche, Zivilgesellschaft und Militär in die Konrad Adenauer Akademie in Berlin ein. Neben den hochrangigen Entscheidungsträger_innen diskutierte ein Fachpublikum von über einhundert Teilnehmer_innen gleichermaßen über konkrete Lösungs- und Veränderungsvorschläge insbesondere für die philippinische Judikative und Exekutive. Die Fachtagung zog zum zweiten Mal Expert_innen aus den Philippinen, Europa und Deutschland an und informierte über strukturelle und sozio-

ökonomische Ursachen politischer Gewalt und deren Kontexte vor Ort, wie in den Einführungsvorträgen von Niklas Reese (Universität Bonn) und Kaloy Manlupig (Balay Mindanaw). Eine ernüchternde Bilanz der Aquino-Regierung zogen Hazel Galang (Amnesty International) und Marie Hilao-Enriquez (Karapatan), die kaum positive Veränderungen, sondern vielmehr eine kontinuierliche Stagnation beschrieben. Den rhetorischen Gipfel des ersten Konferenztags stellte die Podiumsdiskussion »There can be no reconciliation without justice« mit Leila De Lima, Markus Löning, Max de Mesa (PAHRA), Hazel Galang (Amnesty International) und Bischof Jaime Moriles (UCCP) dar. Die Bestrebungen der Aquino-Regierung, die Menschenrechtssituation zu verbessern, wurden positiv aufgenommen. So sicherte Löning weitere Unterstützung seitens der deutschen Regierung zu und De Lima plädierte für eine Versöhnung unter Filipin@s, die ideologische Grenzen zu sprengen vermag.

Am zweiten Konferenztag befassten sich zwei Panels mit konkreten Problemstellungen in der philippinischen Menschenrechtspolitik: Der rechtsstaatlichen Kontrolle im Sicherheitssektor einerseits und den Stärken und Schwächen im Justizsystem andererseits. Im ersten Panel diskutierten der ehemalige Oberst und EPJUST-Berater Karl Bernhard Müller, der ehemalige General des philippinischen Militärs Benjamin Dolofino und die Leiterin der philippinischen Menschenrechtskommission Etta Rosales das Menschenrechtsbewusstsein im philippinischen Militär und die zwiespältige Rolle der philippinischen Sicherheits-

kräfte bei der Aufstandsbekämpfung. Parallel erläuterten Rechtsanwältin Jose Manuel Diokno (FLAG) und Schwester Crescencia Lucero (TFDP) Schwächen im Justizsystem. Beispiele dafür waren der fehlende Zeugenschutz oder die langwierigen Gerichtsprozesse. Nachdem Jochen Range (Amnesty International) und Elmer Noe (Misereor) vom Aktionsbündnis die Ergebnisse und Verbesserungsvorschläge der jeweiligen Panels vorgestellt hatten, gab es eine abschließende Diskussion unter dem Titel »Erwartungen und Beiträge der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft«. Hier zeigten die philippinischen Vertreter_innen Max De Mesa und Marie Hilao-Enriquez konkrete Lösungsansätze auf. Die beiden europäischen Politakteure Dr. Martin Kremer (Referatsleiter Südostasien des Auswärtigen Amtes) sowie Seamus Gillespie (Leiter der Südostasien Abteilung des Europäischen Auswärtigen Dienstes) sicherten ihre fortlaufende Unterstützung zu und drückten ihre Wertschätzung für die Zusammenarbeit mit den Philippinen aus.

Die Fachtagung zählt zu den Höhepunkten der Informations- und Menschenrechtsarbeit zu den Philippinen innerhalb Deutschlands. Neben dem Vermitteln von Informationen hatten die philippinischen Expert_innen auch die Möglichkeit, direkte Gespräche mit deutschen Entscheidungsträger_innen, u.a. dem Auswärtigen Amt und dem Ausschuss für Menschenrechtsfragen des deutschen Bundestages, zu führen und so unvermittelt Auskunft über die aktuelle Lage in ihrem Heimatland zu geben.